

2 Der Weg nach Oslo – Politökonomische Skizzen

2.1 Rekonfigurierungen des israelisch-palästinensischen Konflikts – Das Oslo-System und das Ende der globalen Bipolarität

The U.S. believes that no party should take unilateral actions that seek to predetermine issues that can only be reached through negotiations. In this regard the U.S. has opposed and will continue to oppose settlement activity in territories occupied in 1967 which remain an obstacle to peace.

U.S. Letter of Assurances an die PalästinenserInnen zur Madrider Friedenskonferenz 1991⁴⁰

The U.S. will not support the creation of an independent Palestinian state.
U.S. Letter of Assurances an Israel zur Madrider Friedenskonferenz 1991⁴¹

Die Madrider Friedenskonferenz im Jahr 1991 war die erste, in der in bi- und multilateralen Verhandlungsforen unter Teilnahme der USA, der Sowjetunion, Israels, Syriens, Libanons, Ägyptens und Jordaniens unter Einschluss einer palästinensischen Delegation sowohl israelisch-palästinensische als auch israelisch-arabische Konfliktfelder angesprochen wurden (vgl. Caplan 2010: 202). VertreterInnen aus der Westbank und aus dem Gazastreifen, nicht jedoch aus Ostjerusalem, konnten dabei nur im Rahmen einer gemeinsamen jordanisch-palästinensischen Delegation teilnehmen. Dies ist ein Indikator unter vielen weiteren für Machtpositionen und -asymmetrien im Rahmen jener und der folgenden Verhandlungsrunden. De facto rahmte die Konferenz in ihrer von den USA definierten grundlegenden politischen Stoßrichtung bereits die Verhandlungsgegenstände für weitere teilweise geheime Verhandlungen zwischen der

40 Die US-amerikanischen Letters of Assurances wurden anstelle der ursprünglich geplanten, mehr verbindlichen bilateralen Memoranda of Understanding versendet. Die Briefe gelten nicht als offiziell verlautbarter Text von Seiten der USA und wurden in verschiedenen regionalen Presseorganen, darunter in den USA, in Israel und in Saudi Arabien teilweise am gleichen Tag veröffentlicht. Damit umgingen die USA eine offizielle Veröffentlichung der in ihrer Verbindlichkeit herabgestuften Briefe. Entnommen wurden die beiden oben zitierten Passagen aus dem Dokumentenanhang in den Journal of Palestine Studies, das erste Zitat stammt aus Special Document File: The Madrid Peace Conference 1992: 119.

41 Special Document File: The Madrid Peace Conference 1992: 120. Veröffentlicht wurde der Brief am 16. Oktober 1991, derjenige an die PalästinenserInnen am 24. Oktober 1991.

PLO und Israel, die dann in die Grundsatzerklärung von Oslo, unterzeichnet am 13. September 1993 in Washington, münden sollten. Einige Tage davor hatten sich Israel und die PLO bereits gegenseitig offiziell anerkannt.⁴² Bekannt als Prinzipienerklärung (Declaration of Principles, DOP) definierte jenes erste Abkommen von Oslo die Räume des Sagbaren und des (noch) Nicht-Sagbaren, indem es eine Autonomieregelung für die Westbank und den Gazastreifen fest schrieb, die durch eine durch die PLO zu schaffende Behörde institutionell abgesichert werden sollte. Innerhalb einer Übergangszeit von fünf Jahren sollten zudem Endstatusverhandlungen geführt werden, in denen alle wesentlichen Konfliktfelder zu bearbeiten wären.⁴³ Proklamiert wurde, dass die Verhandlungen zwar auf der Basis der UN-Sicherheitsratsresolutionen 242 und 338 geführt werden sollten, ohne jedoch die Schaffung eines palästinensischen Staates in den Grenzen von 1967 als Zielbestimmung explizit festzulegen. Dieser wesentliche Punkt mit seinen bestimmt-unbestimmten und widersprüchlichen Auslassungen findet sich auch bereits in den Dokumenten zur Madrider Konferenz (siehe auch die eingangs verwendeten Passagen aus den US-amerikanischen Letters of Assurances von Mitte Oktober 1991).

Was in vielen Interpretationen der Prinzipienerklärung von Oslo als innovatives Element stilisiert wurde (vgl. Beilin 1999: 139ff; Caplan 2010: 202ff; Peres 1995: 394ff; Qurie 2006: 273ff; Ross 2004: 759ff; Shlaim 2000: 546ff) – die Schaffung eines Verhandlungsrahmens, der sukzessive einen Prozess des Vertrauens zwischen den Konfliktparteien ermöglichen könne, um alle wesentlichen Fragen lösen zu können – bedeutete allerdings die Ausklammerung jener Konfliktfelder und deren Verschiebung in eine Zukunft, in die bereits eine imperiale *neue Weltordnung* eingeschrieben war (vgl. Beinlin 2006: 21ff). Die Prinzipienerklärung von Oslo als positive Entwicklung zu interpretieren, kann demnach bedeuten, den Verhandlungsprozess seit Madrid als einen egalitären darzustellen, der von einem unparteiischen und ehrlichen Makler – den USA – begleitet worden sei. Dem *Ende der Geschichte* – so die damals gebräuchliche Formel nach einem Buch von Francis Fukuyama (Fukuyama 1992) – schien in jener Lesart also eine neue globale Ordnungskonzeption zu folgen, in der einem demokratischen Hegemon unterstellt wurde, lokale und regionale Konfliktdynamiken aus einer Position der Äquidistanz zu regulieren. Aus dieser Perspektive hätte sich ebenso der arabisch-islamische Raum in die neuen ökonomischen

42 Implizit wurde Israel von der PLO bereits durch die Proklamation eines palästinensischen Staates in den Grenzen von 1967 mit Ostjerusalem als Hauptstadt, die der Palästinensische Nationalrat im November 1988 in Algier beschloss, anerkannt (vgl. Caplan 2010: 199). Zu dieser historischen Zäsur siehe ausführlich Kapitel 2.5.

43 Dies betrifft vor allem das Rückkehrrecht der palästinensischen Flüchtlinge, den Status von Ostjerusalem, den Siedlungsbau in den besetzten Gebieten, die Aufteilung natürlicher Ressourcen sowie endgültige Grenzfestlegungen.

und politischen Dynamiken einzufügen. Es schien, als sollte das vermeintliche Ende der Geschichte als Ende imperialer Ausbeutungs-, Herrschafts-, Wissens- und Repräsentationssysteme verhandelt werden können.

Die neue Weltordnung und der Osloer Prozess

In der Madrider Konferenz und – mit Abstufungen – in der zwei Jahre später vorliegenden Prinzipienklärung von Oslo verdichtete sich eine spezifische historische und globale Konstellation: das Ende der Bipolarität durch die Implosion der Sowjetunion und die Projektion einer unipolaren Stellung der USA, die als imperiale Macht eine Restrukturierung des arabisch-islamischen Raums anvisierten.⁴⁴ Wiewohl die Bedeutung der Blockkonfrontation bereits seit den 1950er Jahren sukzessive durch verschiedene ökonomische und politische Kooperationsformen aufgeweicht wurde, hatte die Existenz der Sowjetunion dennoch eine Begrenzung imperialer US-Macht auf globaler Ebene impliziert. Vor allem die aus antikolonialen Befreiungsbewegungen hervorgegangenen neuen Eliten der jungen Nationalstaaten des Südens konnten innerhalb dieses Spannungsfeldes Handlungsräume ausloten, die mit dem Ende der Sowjetunion zumindest mittelfristig geschlossen wurden. Insofern war der von den USA angeführte erste Golfkrieg gegen den Irak im Jahr 1991 die wesentliche Schnittstelle sowohl des Abschlusses der Periode der Blockkonfrontation und -kooperation als auch des Übergangs in eine erneute Form militärischer Präsenz der USA in der arabisch-islamischen Welt.⁴⁵ Konsequenterweise folgte daraus auch eine Neubearbeitung des israelisch-palästinensischen Konflikts unter der aufrechten Prämisse der politischen, strategischen und ökonomischen Absicherung des

44 Insofern können auch die strategischen Leitlinien der USA während der Präsidentschaft von George Bush jun. (2001-2009), die unter dem Schlagwort der ‚Demokratisierung des Nahen und Mittleren Ostens‘ popularisiert wurden, in jene Anfang der 1990er Jahre entwickelten geostrategischen Grundpfeiler US-amerikanischer Außenpolitik eingegliedert werden. In gewisser Weise sind sie eine Fortsetzung, wenn auch eine, die andere ideologische Begründungszusammenhänge und andere Mittel favorisierte. Zur umfangreichen Kontroverse um die Bedeutung eines US-amerikanischen Empire und/oder US-Imperialismus, in der erstmals konservative TheoretikerInnen die US-Außenpolitik unter Verwendung des Begriffs *Empire* zu unterstützen suchten und die sich nach dem 11. September 2001 nochmals verschärfte, siehe Arrighi et al. 2007; Boot 2003; Cox 2004; Ferguson 2003; Hardt/Negri 2002; Harvey 2003; Hasso 2007; Hinnebusch 2007; Hunt 2006; Ignatieff 2003; Khalidi 2005; Mann 2004; Münckler 2005; Rilling 2007; Speck/Sznajder 2003.

45 Zu den historischen Dimensionen US-amerikanischer Politik im arabisch-islamischen Raum seit Ende des 18. Jahrhunderts siehe Oren 2007.

israelischen Staates (vgl. Beinín 2006: 21ff; Khalidi 2006: 195ff).⁴⁶ So konnte denn auch der damalige US-amerikanische Präsident George Bush sen. in seiner Eröffnungsansprache zur Madrider Konferenz von der Ironie sprechen, dass diese Konferenz durch Krieg ermöglicht wurde und – sollten Verhandlungen scheitern – wiederum von Krieg abgelöst werden könnte (vgl. Special Document File: The Madrid Peace Conference 1992: 126). Verhandlungen also als mögliches Interregnum zwischen Kriegen zu verstehen, wirft nicht nur ein Licht darauf, dass unter imperialen Vorzeichen Frieden als (zeitweilige) Abwesenheit von Krieg zu definieren ist. Diese Sichtweise markiert zugleich den US-amerikanischen Anspruch einer Restrukturierung des gesamten Raums durch zwei miteinander verwobene Dynamiken: die Eindämmung des Irak durch Krieg und Embargo⁴⁷ sowie die Regulierung des israelisch-palästinensischen Konflikts. Dessen Ausstrahlungen wirkten zugleich permanent in einen regionalen und globalen Raum ein. Insofern war und ist er bis heute ein globaler Konflikt, dessen Regulierung analytisch nicht nur zu einer konjunkturellen Bedeutung im Rahmen US-amerikanischer Außenpolitik schrumpfen kann. Wenn daher verschiedene Auguren des jeweiligen Zeitgeschehens in einzelnen Etappen des Konflikts den USA ‚mangelndes Interesse‘ an eben diesem attestieren – wie dies etwa für die Präsidentschaft von George Bush jun. des Öfteren verlautbart wurde – werden geostrategische und geopolitische Dimensionen des Konflikts analytisch ausgeklammert und durch Fokussierungen auf je konkrete politische Handlungsräume von Eliten verkürzt. Überspitzt formuliert erscheinen dann so genannte Vermittlungsbemühungen durch Sonderbeauftragte bzw. deren Abwesenheit als entscheidender Indikator für das, was als politisches Interesse der USA eingeführt wird. Die Schimäre vom unparteiischen Makler bleibt

46 Inwiefern und wie eine derartige Absicherung im israelisch-palästinensischen Konflikt auch eine so genannte *Vorwärtsverteidigung* im Sinne der Kolonisierung von Land *innerhalb* der besetzten palästinensischen Gebieten durch den israelischen Staat impliziert, erörtere ich anhand von Siedlungsexpansionen in Kapitel 2.3.

47 Nach dem Einmarsch irakischer Truppen in Kuwait im Jahr 1990 verhängte der UN-Sicherheitsrat in der Resolution 661 weitreichende Wirtschaftssanktionen, die auch nach dem Krieg durch eine von den USA angeführte Allianz und der Kapitulation des Irak Ende Februar 1991 in Kraft blieben. Letztendlich wurden sie erst nach der Invasion einer wiederum von den USA angeführten multinationalen Streitmacht in den Irak im März 2003 aufgehoben. Zwar gibt es unterschiedliche Einschätzungen bezüglich der Auswirkungen der Sanktionen auf die Zivilbevölkerung – manche KommentatorInnen sprechen von bis zu 1,4 Millionen vom Embargo direkt oder indirekt verursachten Toten (vgl. Fürtig 2004: 134) –, zweifelsohne trugen jene jedoch eine wesentliche Verantwortung für die Verelendung der irakischen Bevölkerung. Von den Sanktionen als einer ‚Massenvernichtungswaffe‘ zu sprechen, wie es etwa unter anderem Edward Said und Noam Chomsky in einem Aufruf taten (vgl. Chomsky/Herman/Said/Zinn et al. 2002: 217), ist daher wohl gerechtfertigt.

Zu den verschiedenen (historischen) Dimensionen britischen bzw. US-amerikanischen Zugriffs auf den Irak siehe Dawisha 2009; Fürtig 2004; Hinnebusch 2007; Tyner 2006.

implizit aufrecht, strukturelle Erklärungsfaktoren werden ausgesondert und der Konflikt selbst erscheint als ein in einem gewissen Stadium eingefrorener, wenn es gerade keine Vermittlungsbemühungen gibt. Imaginiert wird damit eine *Statik*,⁴⁸ die wiederum nur durch Interventionen der USA aufgebrochen und dynamisiert werden könne. Dass ein so verstandenes (zeitweiliges) *Desinteresse* der USA am israelisch-palästinensischen Konflikt selbst wiederum Teil strategischer Koordinaten auf globaler Ebene ist, entschwindet aus dem Blick.

Der historische Moment mit Anfang der 1990er Jahre bezieht seine globale Besonderheit durch die Verschränkung verschiedener Elemente, die im Regionalen und im Lokalen induziert wurden und sich dort verdichteten: das Ende der Sowjetunion und die (versuchte) imperiale Rekonfigurierung des arabisch-islamischen Raums unter Führung der USA nach dem ersten Golfkrieg. Auf regionaler Ebene spitzten sich durch den Krieg die Differenzen zwischen arabischen Ländern zu, mit der Folge, dass die politischen Konfrontationen und die sich unterschiedlich zusammensetzenden Blockbildungen im arabisch-islamischen Raum seit dem Friedensvertrag von Camp David im Jahr 1979 zwischen Israel und Ägypten nochmals schärfer akzentuiert wurden. Eine einheitliche arabische Position zur Konferenz in Madrid und zur Osloer Prinzipien-erklärung war demnach auch in dieser historischen Situation nicht existent. Auf lokaler Ebene waren der relative politische Bedeutungsverlust der PLO nach der Invasion Israels in den Libanon im Jahr 1982 und die massenhaften Widerstandsformen der ersten Intifada in den besetzten Gebieten wesentliche Faktoren, die dann durch die *neue Weltordnung* umgeformt wurden. Für Teile der politischen Eliten in Israel wiederum waren die Ausstrahlungen einer schweren ökonomischen Krise in den 1970er und 1980er Jahren, die auf politischer Ebene mit der Krise des hegemonialen, durch den Labour-Zionismus manifestierten Staatsaufbaus korrespondierte, grundlegende Bedingungen. Durch diese multiple Krise wurde die Überlegung beschleunigt, über Verhandlungen mit der PLO eine *Friedensdividende* im Sinne einer vertieften Integration in den Weltmarkt erreichen zu können.

Diese lokalen Ausgangsbedingungen verweisen in ihrem Wechselspiel darauf, dass beide – der israelische Staat und die PLO – exakt während des Prozesses einer imperialen Neuordnung jeweils noch Krisenzyklen durchliefen, die zwar nicht als gleichwertige zu verstehen sind, es den USA jedoch im Allgemeinen erleichterten, ihre politischen Projekte für den gesamten Raum durchzusetzen. Das bedeutete unter anderem, dass Israel von den USA faktisch zu den

48 Zur diskursiven Verrückung des israelisch-palästinensischen Konflikts in einen ideologischen Sinnhorizont, in dem über das Sprechen von einem ‚eingefrorenen Friedensprozess‘ oder einer ‚Spirale der Gewalt‘ Stereotypisierungen aktualisiert und dabei eine vermeintliche ‚Uneinsichtigkeit‘ der beiden ‚Konfliktparteien‘ hergestellt werden, siehe eingehender ab Seite 66.

Madri der Verhandlungen gezwungen werden musste (vgl. Shlaim 2000: 485ff),⁴⁹ wiewohl es seit Ende der 1980er Jahre innerhalb der politischen und ökonomischen Eliten bereits kontroverse Diskussionen über eine ökonomische Friedensdividende, zu erreichen über direkte Verhandlungen mit der PLO, gab (vgl. Shafir 1998: 115ff). Es bedurfte erst einer spezifischen politischen Konstellation in Israel, um die US-amerikanische Leitlinie produktiv aufnehmen und in die konkrete Situation übersetzen zu können. Exakt dies schien mit dem Wahlsieg der Arbeitspartei im Jahr 1992 – also zwischen den Verhandlungen von Madrid und der Osloer Prinzipienerklärung – und deren Regierungsübernahme unter dem Ministerpräsidenten Yitzhak Rabin der Fall zu sein (vgl. Shlaim 2000: 497ff). Bei den kommenden Verhandlungen mit der PLO in Oslo versuchte die israelische Arbeitspartei sodann mehrere Zielsetzungen miteinander zu verknüpfen: die Stabilisierung eines Besatzungsregimes innerhalb der besetzten Gebiete, die Beendigung des Status als *Paria-Staat* auf globaler Ebene sowie die Wiedererlangung einer politisch hegemonialen Position im Inneren. Dass derartige Zielsetzungen neben verschärften gesellschaftlichen und politischen Konflikten innerhalb Israels auch eine Form der innovativen Adaption der bisherigen Okkupationspolitik implizieren, wird unter anderem an den verschiedenen Osloer Abkommen eindrücklich sichtbar.

Das Sprechen über das Scheitern eines Friedensprozesses

Allein ein fragmentarischer Blick auf die einzelnen Osloer Vertragswerke verdeutlicht, wie politische, ökonomische, militärische und soziale Dimensionen des Enteignungs- und Aneignungsprozesses der besetzten palästinensischen Gebiete durch den israelischen Staat in verbindliche Kontrakte übersetzt wurden. Einerseits wurde in diesen Verträgen letztendlich festgeschrieben, was die seit 1967 etablierten Strukturen der Besatzung in der Westbank, in Ostjerusalem und im Gazastreifen bereits an machtvollen Veränderungen bewirkt hatten. Andererseits enthalten sie Elemente, durch die sie diskursiv als Entwicklungsprozess in Richtung Frieden verortet werden konnten: Erstmals im Laufe des Konflikts wurde etwa eine Autonomieregelung und daraus folgend die Implementierung einer palästinensischen Autonomiebehörde vereinbart. Exakt diese vermeintliche Innovation bedeutete eine politische Integration der PLO als su-

49 Indem die US-Administration unter Bush sen. zehn Milliarden US-Dollar an Kreditgarantien zurückhielt, die der israelische Staat wiederum dringend benötigte, um die Tausenden von neuen ImmigrantInnen aus der Sowjetunion zu integrieren, wurde die israelische Regierung unter Yitzhak Shamir faktisch dazu genötigt, die Madri der Konferenz zu akzeptieren (vgl. Shlaim 2000: 487).

bordinierte Verhandlungsteilnehmerin sowie deren Rolle als Verantwortliche für die Etablierung einer palästinensischen Institution innerhalb von Teilen der besetzten Gebiete. Konsequenterweise implizierte eine derartige Transformation eine strategische Zäsur für die PLO, hatte sie sich doch seit dem Jahr 1988 zu einer Zwei-Staaten-Lösung auf der Basis der grünen Linie von 1949 bekannt. Mit der Unterzeichnung der Prinzipienerklärung erklärte sie sich jedoch einverstanden, diese grundlegende politische Positionierung zur Disposition zu stellen und faktisch weiteren Verhandlungsrunden unter imperialen Vorzeichen zu unterwerfen. Eine derartige strategische Zäsur der PLO ist nicht als ein einmalig gesetzter Akt zu verstehen, sondern als ein umkämpfter Prozess, dessen Substanz in den weiteren Entwicklungen seit den 1990er Jahren bis zur Gegenwart und darüber hinaus geformt wurde und wird.⁵⁰

Dass die Osloer Vertragswerke in vielen Interpretationen in den 1990er Jahren als friedensschaffender Prozess in einem mehr als hundertjährigen Konflikt repräsentiert werden konnten, fußte unter anderem auf mehreren, im günstigsten Fall idealistischen Einschätzungen: neben der Zäsur im Lokalen, das heißt der gegenseitigen Anerkennung Israels und der PLO sowie der daraus folgenden Verhandlungszyklen, schien vor allem die *neue Weltordnung* wahrlich das zu sein, als was sie ausgegeben wurde – ein sukzessiver Prozess globaler Stabilisierung und Demokratisierung nach dem Ende der bipolaren Blockkonfrontation. Von osteuropäischen Ländern über Südafrika bis nach Chile reichend, schien somit die Zeit gekommen zu sein, auch den arabisch-islamischen Raum (durch externe AkteurInnen) *demokratisieren zu können*.⁵¹

Warum also sollte der israelisch-palästinensische Konflikt eine Ausnahme sein und scharfe KritikerInnen wie etwa Edward Said in ihren damaligen einsamen Positionen Recht haben?⁵² Warum sollte gar der Krieg gegen den Irak im Jahr 1991 und das darauf folgende mehr als zehnjährige Embargo ein integraler geopolitischer Bestandteil des Osloer Prozesses sein? Und wenn dies doch der

50 Zu Gründen und Implikationen dieses grundlegenden politischen Einschnitts der PLO eingehend in Kapitel 2.5.

51 Als sich im Laufe der späten 1990er Jahre erweisen sollte, dass sich die in der politikwissenschaftlichen Transitionsforschung fundamentale Vorstellung eines politischen Wandels entlang der linearen Progression von autoritären hin zu demokratischen Systemen und der Demokratisierung entlang eines festgelegten Schemas von ökonomischer Liberalisierung und politischer Pluralisierung für den arabischen Raum nicht erfüllte, pendelten Forschungen vielfach hin zu einem diffusen Konzept von autoritärer Stabilität in eben diesem Raum (vgl. Bank 2007; Mitchell 2004; Owen 2004; Pawelka 2002 und 2008). Insofern ist es wenig erstaunlich, dass eine politikwissenschaftliche Regionalforschung, die die normativen Grundannahmen der Transitionsforschung übernommen hatte, von den Umbrüchen in der arabischen Welt seit dem Jahr 2011 so überrascht wurde.

52 Zu Edward Saims fundamentaler Kritik am Osloer Prozess vgl. insbesondere Said 1996 und 2000a.

Fall sein sollte, schien es nicht so, dass mit der Eindämmung der Baath-Diktatur geradewegs ein demokratisierendes Potenzial für den arabisch-islamischen Raum genutzt zu werden hatte?

Als mit Beginn der zweiten Intifada im September 2000 offenbar wurde, dass die Regulierung des Konflikts auf der Basis der Osloer Verträge durch eine neue Phase der Konfrontation unterbrochen wurde, pendelten jene ehemals positiven (wissenschaftlichen) Einschätzungen ins genaue Gegenteil. Das *Scheitern des Friedensprozesses* wurde zum geflügelten Wort, Oslo als Synonym für Frieden erhielt seine Würdigung und seine historische Periodisierung – von 1993 bis 2000 –, wohingegen das *Danach* seit dem Jahr 2003 im besten Fall noch mit *Wiederaufnahme des Friedensprozesses* umschrieben wird.

Unabhängig von der jeweiligen Beurteilung, wer für ein so genanntes Scheitern warum verantwortlich sei, schwingen derartige intellektuelle Bestandsaufnahmen oftmals im weitesten Sinne im Rhythmus von Verhandlungszyklen mit. Sie zeigen eindrücklich, den Glauben an einen demokratischen, um Äquidistanz ringenden Hegemon nicht aufgegeben zu haben, der – und das ist ebenso entscheidend – entlang der Handlungen und Motive der jeweiligen Eliten betrachtet und analysiert wird. Überspitzt formuliert schien somit aus dem oftmals so apostrophierten ‚ehrlichen Makler USA‘ unter Bill Clinton in den 1990er Jahren ein ideologisch verengt agierendes Imperium unter US-Präsident George Bush jun. geworden zu sein, dessen liberale Transformation wiederum durch den Präsidenten Barack Obama angestoßen würde, womit sich erneute Möglichkeiten für eine Regelung des Konflikts ergeben könnten. In solchen Interpretationsschleifen ragt die spezifisch normative Voraussetzung hinein, das Feld des Politischen vor allem über Handlungen und Motive von (einzelnen) politischen Eliten herzustellen. Dass eine derartige Verkürzung analytisch wie politisch problematisch ist, lässt sich leicht anhand jener Positionen zum israelisch-palästinensischen Konflikt ablesen, deren projektive Substanz viel über die Sprechenden selbst aussagt, wenig jedoch über das, worüber gesprochen wird.⁵³

53 Symptomatisch in diesem Zusammenhang ist etwa die ab Mitte der 2000er Jahre kontrovers geführte Debatte um den vermeintlichen Einfluss einer Israel-Lobby auf die US-amerikanische Außenpolitik, die durch Veröffentlichungen von John Mearsheimer und Stephan Walt angestoßen und zugleich aktualisiert wurde (vgl. Mearsheimer/Walt 2006 und 2007). Schematisch zusammengefasst behaupteten die beiden prominenten Vertreter des Realismus innerhalb der politikwissenschaftlichen Theorie der Internationalen Beziehungen, dass von ihnen als Israel-Lobby gekennzeichnete proisraelische Organisationen und Einzelpersonen in den USA wesentlichen Einfluss auf eine so genannte Nahost-Politik haben und dies wiederum nicht einem so genannten nationalen Interesse der USA dienlich sei. Kritiken an Mearsheimer und Walt drehten sich sodann vielfach um die Frage, inwiefern derartige Einschätzungen antisemitisch seien oder doch zumindest antisemitische Stereotypen bedienen würden. Einen komprimierten Einstieg in die Debatte, in der die jeweiligen Argumente gut sichtbar werden, bietet etwa eine Podiumsdiskussion mit John Mearsheimer, Shlomo Ben-Ami, Martin Indyk, Tony Judt, Rashid

Der Osloer Prozess ist nicht einfach gescheitert – er hat lediglich seine idealistische Inszenierung und wirkmächtige Projektierung als Weg hin zum Frieden verloren. Ohne hegemonial wirkmächtige (diskursive) Repräsentationsfiguren schrumpft er zu dem zusammen, was er immer schon war: ein in globale Macht- und Herrschaftsasymmetrien eingeschriebener Prozess, der permanent umkämpft ist und dessen (Zwischen-)Resultate einschneidende ökonomische und politische Veränderungen in der gesamten Region zu produzieren in der Lage waren. Diese grundlegenden Bedingungen sollten es eigentlich a priori verunmöglichen von *Frieden* bzw. von einem *Friedensprozess* zu sprechen, oder besser gesagt: Sie sollten klar machen, was unter Frieden in imperialen Kontexten gemeint sein kann – und was nicht. Exakt dies lässt sich bereits aus den Vertragstexten selbst herauslesen.

Das Osloer Vertragssystem – ein Überblick

Die in der Prinzipienerklärung formulierte Zielsetzung von Verhandlungen besteht aus genau zwei Sätzen, die auf höchst bemerkenswerte und widersprüchliche Weise jene Auslassungen artikulieren, um die es eben nicht gehen sollte: endgültige Grenzfestlegungen durch die Anwendung der Waffenstillstandslinie von 1949 samt all den darin liegenden komplexen Konsequenzen. So heißt es in Artikel 1 (Aim of the Negotiations):

„The aim of the Israeli-Palestinian negotiations within the current Middle East peace process is, among other things, to establish a Palestinian Interim Self-Government Authority, the elected Council (the “Council”), for the Palestinian people in the West Bank and the Gaza Strip, for a transitional period not exceeding five years, leading to a permanent settlement based on Security Council Resolutions 242 and 338.

It is understood that the interim arrangements are an integral part of the whole peace process and that the negotiations on the permanent status will lead to the implementation of Security Council Resolutions 242 and 338.” (Declaration of Principles on Interim Self-Government Arrangements 1993)

Khalidi und Dennis Ross, online zu finden unter Cervieri 2006. Sowohl bei Mearsheimer und Walt als auch bei vielen KritikerInnen wurde aus meiner Perspektive bei dieser Kontroverse eindrücklich sichtbar, wie als wissenschaftlich unproblematisch eingeführte Kategorien der Analyse wie ‚nationales Interesse‘ oder ‚politischer Einfluss‘ zu reduktionistischen Schlussfolgerungen führen, die wenig zur Erhellung struktureller Dimensionen US-amerikanischer Außenpolitik beitragen, jedoch nicht per se antisemitischen Stereotypisierungen Vorschub leisten. Eine überzeugendere, weil profundere Kritik an den Thesen der beiden Politikwissenschaftler findet sich bei Massad 2006a.

Auch wenn insbesondere die politischen Kader der Fatah und ihr Vorsitzender Jassir Arafat seit ihrer Rückkehr in die besetzten Gebiete verkündeten, dass die Prinzipienklärung ein erster und wesentlicher Schritt hin zu einer palästinensischen Staatlichkeit in den Grenzen von 1967 sei, markierte die DOP das Gegenteil. Sie verschob entscheidende Aspekte des Konflikts auf später zu führende Endstatusverhandlungen bzw. wurde von Israel in offiziellen Verlautbarungen bereits explizit festgelegt, was nicht verhandelbar sei: so etwa der Rückzug auf die Grenzen von 1967 oder der Status von Jerusalem als ungeteilter Hauptstadt des Staates.⁵⁴ Der damalige israelische Premierminister Yitzhak Rabin konnte denn auch in seiner Knesset-Rede zur DOP am 21. September 1993 herausstreichen, dass „[u]nited Jerusalem will not be open to negotiation. It has been and will forever be the capital of the Jewish people, under Israeli sovereignty, a focus of the dreams and longings of every Jew” (Excerpts of PM Rabin Knesset Speech – DOP 1993).⁵⁵

Mit dem Verweis im ersten Satz, dass eine endgültige Regelung des Konflikts lediglich auf den Sicherheitsratsresolutionen 242 und 338 *basiere*, das heißt deren internationale diplomatische Lesart nicht strikt anzuwenden seien, zementierte die Prinzipienklärung letztendlich jenen Komplex als entscheidende Schnittstelle ein, der in den Zielsetzungen noch unter „among other things“ firmiert, jedoch in weiteren Textpassagen der DOP bzw. in weiteren Abkommen klar expliziert wird: ein Sicherheitsdispositiv⁵⁶ für Israel. Dessen integraler stra-

54 Ostjerusalem wurde einige Wochen nach der Eroberung durch die israelische Armee im Krieg von 1967 annektiert und in einem Knesset-Beschluss aus dem Jahr 1980 zur ungeteilten und ewigen Hauptstadt Israels erklärt. Diese versuchte Legalisierung der Annexion wurde jedoch durch UN-Sicherheitsratsresolutionen, darunter die Resolution 478, die im Jahr 1980 beschlossen wurde, durchkreuzt, indem die Annexion für null und nichtig erklärt wurde. Überdies wurden alle UN-Mitgliedsstaaten aufgefordert, ihre diplomatischen Vertretungen aus Jerusalem abzuziehen – was denn auch zumeist geschah. Die Resolution ist eine der wenigen zum israelisch-palästinensischen Konflikt, die mit 14:0 Stimmen bei Stimmenthaltung der USA angenommen wurde.

55 Dieser Verweis auf die Doppelbedeutung eines ungeteilten Jerusalems als Hauptstadt des Staates und als symbolisch-kulturell und/oder religiös wirkmächtiger Referenzpunkt für alle Juden und Jüdinnen weltweit markiert hier nicht nur ein Verständnis des Staates als jüdischer Staat, sondern versucht zugleich jene Positionen von Juden und Jüdinnen als nicht-existent auszuweisen, für die Jerusalem keine derartig aufgeladene Bedeutung hat. Indem sich Rabin anmaßte, im Namen *aller* sprechen zu können, richtete er sich faktisch auch gegen jüdische antizionistische und/oder dem Staat und seiner Okkupationspolitik kritisch gegenüberstehende Stimmen – sie wurden einfach als nicht vorhanden deklariert.

56 Mit Sicherheitsdispositiv ist ein umfassendes Kontroll- und Sicherheitsregime zu verstehen, das sich über die gesamten besetzten palästinensischen Gebiete erstreckt (das heißt auch Zone A-Gebiete inkludiert) und aus unterschiedlichen polizeilichen, geheimdienstlichen, militärischen, architektonischen, ökonomischen, diskursiven, etc. Elementen besteht. ‚Sicherheitsdispositiv‘ verwende ich in Anlehnung an Foucaults Überlegungen zu Dispositiven der Macht (Foucault 1978: 119f) und verstehe ich daher als eine komplexe institutionalisierte und diskur-

Umkämpfte Staatlichkeit

Palästina zwischen Besatzung, Entwicklung und
politischem Islam

Krieger, H.

2015, XVIII, 293 S. 8 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-658-09883-4